



Nr. 21

17. Juni 2015

Inhalt

[dbb Chef: Soziales Europa bekommt erst durch Gewerkschaften ein lebendiges Gesicht](#) +++

[dbb und VRFF gemeinsam für zukunftsfähigen öffentlichen Sektor –Beschäftigte brauchen starke Interessenvertretung](#) +++

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

[BBB: Gute Ergebnisse im Dialog erreicht](#) +++

[Übertragung des Tarifergebnisses - Sachsen setzt Zeichen der Anerkennung](#) +++

[dbb berlin begrüßt Vorstoß von Innensenator Henkel zur Beamtenbesoldung](#) +++

[VBOB fordert mehr Wertschätzung für Beschäftigte der Nachrichtendienste](#) +++

[Steuerrecht – DSTG im Dialog mit Steuerberatern](#) +++

[VRFF-Gewerkschaftstag: Eichblatt als Bundesvorsitzender wiedergewählt](#) +++

[Tarifkonflikt Bahn: Schlichtungsverfahren bis zum 25. Juni verlängert](#) +++

[VBE: Kultusminister gehen mit „gefühlten“ Lehrerbedarfszahlen hausieren](#) +++

[Philologenverband unterstützt KMK-Vorstoß zum Ausbau der Begabtenförderung](#) +++

[VDR warnt: Schulabschlüsse dürfen ihren Wert nicht verlieren](#) +++

[Namen und Nachrichten](#)+++

aktuell

Informationsdienst des dbb

dbb Chef: Soziales Europa bekommt erst durch Gewerkschaften ein lebendiges Gesicht

(dbb) „Das soziale Europa, das es weiter auszubauen gilt, bekommt erst durch Gewerkschaften ein lebendiges Gesicht.“ Das sagte der dbb Bundesvorsitzende Klaus Dauderstädt auf einer Deutsch-Italienischen Konferenz für eine gemeinsame europäische Zukunft am 12. Juni 2015 in Berlin. Zu der Tagung waren italienische Gewerkschaftsführer in die deutsche Hauptstadt gekommen, um mit ihren deutschen Kollegen, der Deutsch-Italienischen Parlamentariergruppe und Regierungsvertretern Chancen für eine neue europäische Governance für mehr Beschäftigung und Wachstum auszuloten.

„Sich in einer Gewerkschaft zu organisieren, gehört zu den Grundrechten einer modernen Gesellschaft“, stellte Dauderstädt fest. Koalitionsfreiheit in fester Kombination mit Versammlungsfreiheit und Streikrecht finde sich daher auch in der Europäischen Menschenrechtskonvention. „Ob es für den gleichen Sektor nur eine oder mehrere Gewerkschaften gibt, folgt nationaler Geschichte, folgt politischen Entwicklungen und Erfahrungen.“

Dauderstädt bezeichnete das vom Deutschen Bundestag vor wenigen Tagen beschlossene Tarifeinheitsgesetz als „massiven Eingriff in die Koalitionsfreiheit“. Wenn in einem Betrieb mit konkurrierenden Gewerkschaften künftig nur noch der Tarifvertrag der mitgliederstärkeren Organisation gelten soll, „wirft dies neben der Frage der Vereinbarkeit mit der deutschen wie der europäischen Verfassung auch zahllose Probleme auf“, so der dbb Chef, etwa, wie man den „Betrieb“ definieren und zuverlässig Gewerkschaftsmitglieder zählen soll. Schließlich schütze das Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung jeden Arbeitnehmer in Deutschland davor, eine Zugehörigkeit zur Gewerkschaft offenbaren zu müssen.

Wie gut Gewerkschaften die Interessen der Beschäftigten und der Beschäftigung suchenden Arbeitnehmer in Europa vertreten können, „hängt auch davon ab, wie geschlossen wir gegenüber den Arbeitgebern auftreten“, sagte Dauderstädt. „Deshalb ist gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit unverzichtbar, wie wir sie im öffentlichen Dienst als Mitglied der CESI mit dem EGÖD pflegen und auch weiter vertiefen wollen. Denn bei aller Verbindung auch zu Parteien und Parlamenten dürfen wir Gewerkschaften nicht nur auf die Politik vertrauen, sondern müssen unsere Interessen selbst vertreten.“

Die Deutsch-Italienische Konferenz wurde gemeinsam von der Italienischen Botschaft in Berlin, der Deutsch-Italienischen Parlamentariergruppe, der Europäischen Bewegung Italien und der Europäischen Bewegung Deutschland veranstaltet. Hauptthemen waren Beschäftigung, soziale Teilhabe und wirtschaftlicher Fortschritt in der EU. (01/21/15)

dbb und VRFF gemeinsam für zukunftsfähigen öffentlichen Sektor – Beschäftigte brauchen starke Interessenvertretung

(dbb) Für eine „starke und zukunftsfähige Ausprägung des öffentlich-rechtlichen Sektors“ einzutreten, sieht der dbb Bundesvorsitzende Klaus Dauderstädt als eine gemeinsame Aufgabe des gewerkschaftlichen Dachverbandes und seiner Mitgliedsorganisation VRFF - Die Mediengewerkschaft an. „Erfahrungen aus anderen Medienwelten lassen uns zu der Überzeugung kommen, dass der Anspruch des Bürgers und Konsumenten auf objektive, faire und verlässliche Information und zeitgerechte Unterhaltung hier am besten erfüllt wird“, sagte Dauderstädt auf dem 38. Gewerkschaftstag der VRFF am 11. Juni 2015 in Mainz, mit dem die Gewerkschaft zugleich ihr 50-jähriges Bestehen feierte. In den VRFF-Betriebsgruppen organisiert sind Beschäftigte von ARD, ZDF, Deutschlandradio, der Deutschen Welle und des Beitragsservices.

Der dbb Chef, der auch Mitglied im ZDF-Fernsehrat ist, verwies auf das gemeinsame

Jugendangebot von ARD und ZDF, das Ende 2016 online an den Start gehen soll. Das ma-

che deutlich, welcher Wandel in der Medienwelt anstehe. In diesem Zusammenhang erwachsen der Gewerkschaft zusätzliche Aufgaben in der Ausgestaltung der Arbeitsbedingungen, etwa, wenn man berücksichtigt, dass im ZDF mehr als 100 verschiedene Arbeitsvertragsmodelle existieren. In einer Zeit, in der Sparmaßnahmen allenthalben gerade auch die Personalbudgets erfassten, „wird es immer schwieriger, auch nur das tarifvertraglich vereinbarte Niveau zu sichern“, konstatierte Dauerstädt. Personalabbau, ausbleibende Nachbesetzung freierwerdender Stellen, Befristungen von Beschäftigungsverhältnissen ohne Perspektive auf eine Entfristung, Streit um Höhergruppierungen und Einsatz von Freelance-Konkurrenz in Verdrängung von Festanstellungen zeichneten ein düsteres Bild. „Umso wich-

tiger ist es für die Beschäftigten dort, eine starke Interessenvertretung in allen Rundfunkanstalten an ihrer Seite zu wissen“, sagte der dbb Chef.

Allerdings nütze das Grundrecht auf Koalitionsfreiheit nichts, wenn es keine Möglichkeit zur Ausübung dieser Freiheit gebe, fügte er mit Blick auf das Tarifeinheitsgesetz hinzu, das am 12. Juni auch den Bundesrat passierte. Nachdem alle Versuche, das Gesetz politisch aufzuhalten, ohne Erfolg geblieben seien, so Dauerstädt, „sind wir jetzt also gefordert, das Gesetz juristisch aufzuhalten“. Der dbb bereite eine Verfassungsbeschwerde vor, die gleich nach In-Kraft-Treten in Karlsruhe präsentiert wird.

(02/21/15)

Aus Bundesländern und Mitgliedsgewerkschaften

BBB: Gute Ergebnisse im Dialog erreicht

(dbb) Gute Ergebnisse im Dialog mit der Bayerischen Staatsregierung hat der Bayerische Beamtenbund (BBB) konstatiert. „Der BBB überzeugt ohne Krawall“, sagte Vorsitzender Rolf Habermann vor dem BBB-Hauptausschuss am 17. Juni 2015 in München und sprach von einem „neuen Weg“ des Zusammenwirkens. Bessere Ergebnisse für alle Beteiligten erziele man im Dialog.

Besondere Anerkennung verdiene die aktuelle Besoldungsanpassung (inklusive der Erhöhung aller Zulagen), die - wie bereits im Jahr 2013 - eine Eins-zu-eins-Übernahme des Tarifergebnisses auf die bayerischen Beamtinnen und Beamten gebracht hat. „Bayern hat damit ein starkes und deutliches Bekenntnis zum öffentlichen Dienst abgegeben“, betonte der BBB-Vorsitzende. „Wir werten das als Anerkennung unserer täglichen Arbeit.“

Der öffentliche Dienst in Bayern habe in den zurückliegenden Jahren viele positive Entwicklungen erlebt. Dazu zähle auch, dass die letzte noch ausstehende Tranche der zugesagten Anschubfinanzierung für Stellenhebungen im

Rahmen des neuen Dienstrechts nun im Rahmen des Doppelhaushaltes 2015/2016 umgesetzt worden sei. „Die Staatsregierung hat auch hier Wort gehalten“, lobte Habermann. Auch beim Thema Vereinbarkeit von Familie und Beruf gebe es Verbesserungen.

Zu den Plänen der Staatsregierung zur Behördenverlagerung erklärte Habermann, hier sei eine enge Einbindung der Beschäftigten „zwingend notwendig“. Einen Nachteil für Betroffene, die nicht wechseln wollen oder können, dürfe es nicht geben.

(03/21/15)

Übertragung des Tarifergebnisses - Sachsen setzt Zeichen der Anerkennung

(dbb) Der Sächsische Landtag hat am 10. Juni 2015 dem Gesetzentwurf der CDU/SPD-Koalition zur Anpassung der Besoldungs- und Versorgungsbezüge 2015/2016 zugestimmt. Damit wird die

Tarifeinigung für Angestellte im öffentlichen Dienst der Länder vom März 2015 zeit- und inhaltsgleich auf die sächsischen Beamtinnen und Beamten übertragen.

Der Vorsitzende des Sächsischen Beamtenbundes und Tarifunion (SBB) Gerhard Pöschmann hatte bereits unmittelbar nach der Tarifeinigung auf die Übertragung gedrängt. „Gemeinsame Aufgabenerfüllung und gemeinsames hohes Engagement von Angestellten und Beamten kann nicht gerade bei der Einkommensentwicklung zu Unterschieden führen“, so Pöschmann. Dies sei vor allem auch eine Frage der Gerechtigkeit.

Offensichtlich sähen dies die Abgeordneten des Sächsischen Landtages ebenso, erklärte der SBB-Landesvorsitzende am 16. Juni weiter. Mit dem einstimmigen Beschluss zur Besoldungserhöhung werde klar, dass die Vertreter aller im Landtag vertretenen Parteien die Arbeit der sächsischen Beamten zu schätzen wissen. „Hier zeigt sich endlich die verdiente Anerkennung und Wertschätzung, die die Beamtinnen und Beamten in der Vergangenheit nicht immer klar wahrnehmen konnten“, so Pöschmann.
(04/21/15)

dbb berlin begrüßt Vorstoß von Innensenator Henkel zur Beamtenbesoldung

(dbb) Der dbb berlin hat einen Vorstoß des Berliner Bürgermeisters und Innensensors Frank Henkel zur Beamtenbesoldung begrüßt. Auf dem Landesparteitag der CDU am 13. Juni 2015 in Berlin hatte Henkel gefordert, ab 2016 das Tarifergebnis der Tarifverhandlungen der Länder für die Beamtinnen und Beamten des Landes Berlin zu übernehmen - zuzüglich 0,5 Prozent. Dadurch solle der Besoldungsabstand zu den anderen Bundesländern weiter verringert werden.

„Der dbb berlin begrüßt diesen Vorstoß, spiegelt er doch die Forderungen wider, die wir bereits zu den letzten Haushaltsberatungen eingebracht haben“, erklärte der Landeschef des dbb berlin, Frank Becker. Die Beamtinnen und Beamten des Landes Berlin erwarteten nunmehr, dass die Forderung des Innensensors und der Fraktion der CDU im Abgeordne-

tenhaus im Rahmen der diesjährigen Haushaltsberatungen verbindlich beschlossen werden. Unterstützung des dbb berlin gibt es auch für Henkels Forderungen nach mehr Personal für den öffentlichen Dienst, die Lehrerverbeamtung sowie besseren Schutz für die Bediensteten.
(05/21/15)

VBOB fordert mehr Wertschätzung für Beschäftigte der Nachrichtendienste

(dbb) Der VBOB (Verband der Beschäftigten der obersten und oberen Bundesbehörden) organisiert viele Beamtinnen, Beamte und Tarifbeschäftigte in den Nachrichtendiensten. „Es ist uns ein dringendes Anliegen, uns schützend vor die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und deren Familien zu stellen“, erklärte Verbandsvorsitzender Hartwig Schmitt-Königsberg am 16. Juni 2015.

„Ich stelle mit großer Besorgnis fest, dass sich Misstrauen und Distanzierung gegenüber den Beschäftigten der Nachrichtendienste durch einseitige öffentliche Berichterstattung seit dem NSA-Untersuchungsausschuss verfestigen und unsere Kolleginnen und Kollegen von einigen Kommentatoren sogar in die Ecke von Gesetzesbrechern gerückt werden“, so Schmitt-Königsberg. Zudem sei keine Rückenbedeckung durch die Bundesregierung erkennbar; dies wirke „wie ein Misstrauensvotum auf die Beschäftigten, die sich verstärkt völlig un-

sachlicher und überzogener Kritik ausgesetzt sehen, die bis hinein in die Privatsphäre extrem belastend wirkt“.

Der VBOB wende sich ausdrücklich dagegen, die Mitarbeiter des BND/der Nachrichtendienste unter Generalverdacht zu stellen und ihnen damit die verdiente Wertschätzung, Anerkennung und Unterstützung zu versagen. „Schließlich beruht die Leistungsfähigkeit der Nachrichtendienste auf dem Engagement gerade dieser Kolleginnen und Kollegen, die trotz nicht aus-

reichender Ressourcen (zu wenig Personal, zu wenig Geld und unzureichende Technik) jeden Tag ihren schwierigen und teilweise riskanten Dienst für die Sicherheitsinteressen Deutschlands motiviert ausüben.“ Sollten die gesetzlichen Rahmenbedingungen aufgrund der Wei-

terentwicklung der technischen Möglichkeiten nicht mehr ausreichend sein, fordere der VBOB von den Verantwortlichen in der Politik eine zügige Anpassung.
(06/21/15)

Steuerrecht – DSTG im Dialog mit Steuerberatern

(dbb) Steuerrechtliche Themen waren Gegenstand eines Gespräches, zu dem der Bundesvorsitzende der Deutschen Steuer-Gewerkschaft (DSTG) und dbb Vize Thomas Eigenthaler mit dem Präsidenten des Deutschen Steuerberaterverbandes (DStV), Harald Elster, am 10. Juni 2015 in Berlin zusammenkam.

So ging es unter anderem um das am 29. Mai von der Finanzministerkonferenz beschlossene Konzept zur Modernisierung des Besteuerungsverfahrens und den Anfang Juni vorgelegten Referentenentwurf zur Anpassung des Erbschaft- und Schenkungsteuergesetzes. Der im Rahmen der Modernisierung des Besteuerungsverfahrens geplante Ausbau der vollautomatischen Bearbeitung von Steuererklärungen wurde von Eigenthaler kritisch beleuchtet. So begründete er seine Zweifel, dass die Finanzämter mittels Gesetzesänderungen und mit Hilfe einer weiteren EDV-Aufrüstung in die Lage versetzt werden könnten, bis zu 60 Prozent der Einkommensteuererklärungen vollautomatisch, d. h. ohne personelle Fallüberprü-

fung, zu bearbeiten. Auch berge eine solche Auto-Bearbeitung das Risiko von deutlich mehr Fehlern und damit von Steuerausfällen.

Beide Seiten unterzogen in dem Gespräch den Referentenentwurf zur Anpassung des Erbschaft- und Schenkungssteuergesetzes an die Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts einer ersten Bewertung. Eigenthaler konstatierte, dass die vorgesehenen Regelungen zur verfassungskonformen Ausgestaltung der Verschonung betrieblichen Vermögens in jedem Fall zu Mehrarbeit in den Finanzämtern führen werden.
(07/21/15)

VRFF-Gewerkschaftstag: Eichblatt als Bundesvorsitzender wiedergewählt

(dbb) Auf dem 38. Gewerkschaftstag der VRFF – Die Mediengewerkschaft ist am 10. Juni 2015 in Mainz Ulrich Eichblatt erneut zum Bundesvorsitzenden gewählt worden. In den Bundesvorstand wählten die Delegierten als 1. Stellvertreterin Anke Ben Rejeb sowie Dagmar Bahr (zweite stellvertretende Bundesvorsitzende), Jürgen Knipprath (Bundes-Schatzmeister), Astrid Hollmann (Bundes-Genderbeauftragte), Regina Dankau (Bundes-Jugendbeauftragte), Günter Walter (Vorsitzender der Bundestarifkommission) und Günter Dahlem (Bundes-Seniorenbeauftragter).

Als „essentielle Forderungen“ der VRFF bezeichnete Eichblatt vor den rund 60 Delegierten Festanstellungen, Weiterbildung und eine faire und ausreichende Bezahlung der Kolleginnen und Kollegen im öffentlich-rechtlichen Sektor. Nur so könne man sich erfolgreich den aktuellen technischen und inhaltlichen Entwicklungen der Medienlandschaft stellen. Eichblatt kritisierte, dass im Zeitalter der Hochleistungstechnik zugleich aufgrund des Kostendrucks

von den Programmverantwortlichen bewusst eine sinkende Qualität der medialen Angebote in Kauf genommen werde. Zeiten für Recherche und sorgfältige Auswahl würden immer weiter reduziert. „In dieser Situation braucht es verlässliche Partner, wie es die VRFF für ihre Mitglieder und die Unternehmen des Öffentlich-Rechtlichen Rundfunks seit 50 Jahren ist“, so Eichblatt.
(08/21/15)

Tarifkonflikt Bahn: Schlichtungsverfahren bis zum 25. Juni verlängert

(dbb) Die Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer (GDL) und der Arbeitgeber- und Wirtschaftsverband der Mobilitäts- und Verkehrsdienstleister e.V. (Agv MoVe) haben sich gemeinsam mit den vorsitzenden Schlichtern, Ministerpräsident a.D. Matthias Platzeck und Ministerpräsident Bodo Ramelow, darauf verständigt, dass das Schlichtungsverfahren aufgrund der Komplexität der zu regelnden Sachverhalte bis zum 25. Juni 2015 verlängert wird.

Wie es in der gemeinsamen Pressemitteilung vom 17. Juni 2015 weiter heißt, sind sich die Parteien darüber einig, dass in den vergangenen Wochen wichtige Schritte auf dem Weg zu einer Beilegung des Konflikts vereinbart wurden. Matthias Platzeck und Bodo Ramelow zeigen sich zufrieden mit der konstruktiven

Gesprächsatmosphäre in den laufenden Beratungen.

Über die bisher konsentierten Ergebnisse und die weiteren Inhalte der Schlichtung haben die Parteien Stillschweigen vereinbart und werden sich erst nach Ende des Verfahrens gemeinsam äußern.

(09/21/15)

VBE: Kultusminister gehen mit „gefühlten“ Lehrerbedarfszahlen hausieren

(dbb) „Die KMK geht wieder mit gefühlten Zahlen zum Lehrerbedarf der Länder hausieren“, kritisierte VBE-Bundesvorsitzender Udo Beckmann die aktuell vorgestellte Modellrechnung der Kultusministerkonferenz zu Lehrereinstellungsbedarf und -angebot. „Dem Zustandekommen der Angaben fehlt wie in den zurückliegenden Jahren jegliche Transparenz“, stellte der Bundesvorsitzende des Verbandes Bildung und Erziehung am 12. Juni 2015 weiter fest.

Das sei für den VBE in keiner Weise nachvollziehbar. „Die Versorgung der Schulen mit Lehrern muss auf einer transparenten Grundlage erfolgen, die die zugrunde gelegten Parameter offenlegt - mit Blick auf die großen Herausforderungen wie Inklusion und Beschulung der Flüchtlingskinder fehlen Regelschullehrer, Sonderpädagogen, Lehrer für Deutsch als Fremdsprache.“ Von den Ländern seien nur vollmundige Erklärungen zu hören, jeden Schüler individuell zu fördern und mehr Schüler zum Schulabschluss zu führen. „Letztendlich werden die Schulen allein gelassen“, stellte Beckmann fest. „Das ist ein Skandal.“

Der VBE-Vorsitzende weiter: „Alle Länder stehen in der Pflicht, die Inklusion umzusetzen und Gelingensbedingungen für Unterricht in heterogenen Gruppen zu gewährleisten. Diese gesamtgesellschaftlichen Anforderungen müssen Grundlage für die Prognose des Lehrerbedarfs sein.“ Die Länder würden erneut verschweigen, welche Qualitätskriterien sie für ihre Daten nutzen – wie zum Beispiel Klassengrößen oder Versorgung mit sonderpädagogischen Fachkräften. Für den VBE sei das nicht akzeptabel.

(10/21/15)

Philologenverband unterstützt KMK-Vorstoß zum Ausbau der Begabtenförderung

(dbb) Als „absolut richtig, notwendig und eigentlich schon lange überfällig“ hat der Bundesvorsitzende des Deutschen Philologenverbandes (DPHV), Heinz-Peter Meidinger, das Vorhaben der Kultusministerkonferenz (KMK) bezeichnet, die schulische Begabtenförderung zu intensivieren und eine eigene Förderstrategie zu beschließen.

Der Verbandsvorsitzende wies am 11. Juni 2015 darauf hin, dass die Bildungspolitik in den vergangenen Jahrzehnten einen einseitigen

Schwerpunkt auf die Förderung Leistungsschwächerer gelegt habe, während die Förde-

rung von Spitzenbegabungen systematisch vernachlässigt worden sei.

Meidinger forderte die Kultusministerkonferenz auf, es nicht bloß bei schönen Papieren und Absichtserklärungen zu belassen, sondern Nägel mit Köpfen zu machen. „Jede Schule in jedem Bundesland braucht ein am Gesamtunterrichtsvolumen orientiertes Zusatzbudget von Unterrichtsstunden für eine breite Begabtenförderung. Das Problem derzeit ist, dass Begabtenförderung zu oft nur nach Kassenlage ermöglicht wird“, kritisierte Meidinger. Wenn

Unterrichtsausfall droht, werde oft zuerst der Begabtenpluskurs gestrichen.

Es sei leider auch so, dass Lehrkräfte, die beispielsweise begabte Schüler bei „Jugend forscht“, den Jugendolympiaden in den Naturwissenschaften, den Landes- und Bundeswettbewerben begleiteten, dies zusätzlich zu ihrer normalen Unterrichtsverpflichtung hinaus leisten müssten. „Diese Lehrkräfte brauchen mehr Anerkennung und zusätzliche Zeitbudgets“, mahnte Meidinger.
(11/21/15)

VDR warnt: Schulabschlüsse dürfen ihren Wert nicht verlieren

(dbb) „Mit einer verantwortungslosen Bildungspolitik und der Orientierung an falschen OECD-Empfehlungen wurden unsere Jugendlichen in immer höhere Ausbildungsgänge befördert. Das schwächt die deutsche Wirtschaft, aber besonders schadet es den jungen Menschen selbst.“ Diese Überzeugung vertrat der Vorsitzende des Verbandes Deutscher Realschullehrer (VDR), Jürgen Böhm, auf einer Vorstandssitzung des Verbandes am 14. Juni 2015 in Berlin.

Böhm griff die aktuelle Diskussion um die inflationäre Zunahme von „Einser“-

Abschlusschnitten der vergangenen Jahre auf und kritisierte die derzeitige Situation. Eltern und Ausbildungseinrichtungen verknüpften mit den erworbenen Zeugnissen und Abschlüssen Erwartungen, die im Widerspruch zu den tatsächlichen Gegebenheiten stünden. Den jungen Leuten selbst gaukelten Traumnoten vor, jeder beruflichen und fachlichen Herausforderung gewachsen zu sein.

Böhm verwies darauf, dass viele Studierende an den Hochschulen den Anforderungen nicht gewachsen seien und die Uni ohne Bachelor-Abschluss verlassen. Bei Mathematikern und

Naturwissenschaftlern seien es beispielsweise 39 Prozent. Und selbst ein abgeschlossenes Studium lasse die Bäume nicht in den Himmel wachsen: „Das durchschnittliche Brutto-Einkommen eines Bachelor-Juristen liegt bei rund 35.000 Euro. Das verdienen auch Facharbeiter der Kfz-Industrie und im Handwerk, wenn nicht sogar viel mehr“, so der VDR-Vorsitzende. In den kommenden zehn Jahren müssten viele Hochschulabsolventen aufgrund der zu erwartenden Akademikerschwemme damit rechnen, weit unter den Erwartungen entlohnt zu werden. Auf der anderen Seite fehlten die qualifizierten Fachkräfte der dualen Ausbildung.
(12/21/15)

Namen und Nachrichten

(dbb) Bayern will sich auf Bundesebene für eine Begrenzung des Streikrechts im Bereich der Daseinsvorsorge, also beispielsweise bei Bahn und Post, starkmachen. Dazu gehört insbesondere, dass vor einem Streik ein Schlichtungsverfahren zwingend vorgeschrieben werden soll. Zudem müssten Streiks mindestens vier Werkzeuge vor Beginn angekündigt werden. Der bayerische Ministerrat hat am 16. Juni 2015 beschlossen, sich im Bundesrat dafür einzusetzen. Dazu erklärte der Vorsitzende des Bayerischen Beamtenbundes (BBB), **Rolf Habermann**: „Streik ist ein vom Grundgesetz

garantiertes Mittel bei Arbeitskämpfen. Die Gesellschaft und in der Folge der Staat müssen entscheiden, welche Leistungen für Bürgerinnen und Bürger verlässlich zur Verfügung stehen sollen. Bei den aktuellen Auseinandersetzungen rächen sich Fehler aus der Privatisierung, die von verschiedener Seite bejubelt wurde. Entscheidet man sich für Privatisierungen, muss man auch die Konsequenzen in Kauf nehmen. Fazit: Das Berufsbeamtentum ist unverzichtbar. Nur dadurch wird sichergestellt, dass öffentliche Leistungen jederzeit und durchgehend zur Verfügung stehen. Das muss

bei jedem Ruf nach Privatisierung bedacht werden.“

Eine erfolgreiche Bilanz der Beteiligung des dbb Hessen am Hessentag (29. Mai bis 7. Juni 2015 in Hofgeismar) hat die Landesvorsitzende **Ute Wiegand-Fleischhacker** gezogen. „Es konnte wieder einmal in gelungener Weise die Vielfalt des öffentlichen Dienstes dargestellt werden. Viele Praxisbeispiele wurden präsentiert, die Besucherinnen und Besucher zeigten sehr großes Interesse“, so Wiegand-Fleischhacker. Mit dem Stand auf der Landesausstellung habe der dbb Hessen im Rahmen seiner Öffentlichkeitsarbeit deutlich gemacht, „dass wir – der öffentliche Dienst und die privatisierten Bereiche – ‚Die Unverzichtbaren‘ sind“. Auch seien zahlreiche Gespräche mit Vertretern der Landesregierung und Abgeordneten geführt worden.

Über das Thema „Griechenland“ debattierte am 16. Juni 2015 die „PHOENIX-Runde“ auf dem Gemeinschaftssender von ARD und ZDF – mit dabei: der Bundesvorsitzende der Deutschen Steuer-Gewerkschaft (DSTG) und dbb Vize **Thomas Eigenthaler**, der auch Vizepräsident des Europäischen Finanzpersonals (UFE) ist. Ein Staatswesen sei ohne eine funktionierende Finanzverwaltung nicht lebensfähig, machte Eigenthaler klar. Am Beispiel Griechenlands werde dies augenfällig. Der Aufbau einer modernen und leistungsfähigen Finanzverwaltung werde nach seiner Überzeugung mindestens einen Zeitraum von zehn Jahren beanspruchen, so der DSTG-Chef. Denn es gehe nicht nur um die Verabschiedung von Gesetzen, sondern vor allem auch um den Aufbau von Verwaltungsstrukturen, die Gewinnung und Ausbildung von qualifiziertem Personal, den Einsatz moderner EDV, eine auskömmliche Bezahlung und Wertschätzung des griechischen Staates für seine Finanzbeamten. In der Diskussion brachte Eigenthaler auch sein Unverständnis darüber zum Ausdruck, dass die griechische Regierung sich nicht stärker der Bekämpfung von Steuerflucht und Steuerhinterziehung widmet.

Mit Blick auf das Treffen von Bundeskanzlerin und Ministerpräsidenten am 18. Juni 2015 hat der VBE-Bundesvorsitzende **Udo Beckmann** die schnelle Unterstützung der Schulen bei der Aufnahme von Flüchtlingskindern angemahnt. „Bund und Länder müssen sich dringend auf einen gemeinsamen Finanzierungsfahrplan verständigen. Das derzeitige Hickhack in der

Flüchtlingspolitik ist mehr als kontraproduktiv“, sagte Beckmann am Vortag des Treffens. „Es zeigt sich ein weiteres Mal, wie notwendig ein Kooperationsgebot für Bund, Länder und Kommunen ist.“ Der Verband Bildung und Erziehung fordere, die Ressourcen endlich zu bündeln und gezielt zur Unterstützung der Schulen einzusetzen. „Mit befristeten Sonderprogrammen bekommt man die notwendige Beschulung und Ausbildung von Flüchtlingskindern nicht in den Griff.“ Klar sei, dass der Zustrom von Flüchtlingen eher noch zunehmen werde. „Mit politischen Sonntagsreden ist dem Problem nicht beizukommen“, so Beckmann. „Den Kindern, die traumatisiert, depressiv und elend hier ankommen, muss eine Perspektive gegeben werden.“

Im Gegensatz zu dem Vorschlag von Bundesbildungsministerin Johanna Wanka hält der Vorsitzende des Deutschen Philologenverbandes (DPhV), **Heinz-Peter Meidinger**, nicht viel von der Einführung eines neuen Faches „Alltagswissen“ an bundesdeutschen Schulen, in dem beispielsweise über Fallen in Handyverträgen aufgeklärt werden soll. „Man kann nicht auf jedes gesellschaftliche Problem mit einem neuen Fach reagieren. In der Schule sollen Kinder natürlich lernen, vor Entscheidungen Sachverhalte kritisch zu prüfen, sich Ratschläge zu holen, Vergleiche zu ziehen. Ob es aber sinnvoll ist, dass Lehrer Kinder über Fallen in Handyverträgen aufklären sollen, welche sich ständig ändern, Verträge, die im Übrigen von den Eltern und nicht den Minderjährigen abgeschlossen und bezahlt werden müssen, das darf mit Fug und Recht bezweifelt werden“, sagte Meidinger am 8. Juni 2015 in Berlin. Die ständige Forderung nach neuen Pflichtfächern leiste keinen Beitrag dazu, Schule besser zu machen. In einem Punkt gab Meidinger der Bundesbildungsministerin aber Recht: „Es ist jammerschade, dass Jungen und Mädchen an den meisten Schulen keine Chance mehr haben, Kochen zu lernen“, sagte er und befürwortete „Kochen“ als freiwilliges Wahlfach.

Am 9. Juni 2015 veranstaltete der Verein Charta der Vielfalt den 3. Deutschen Diversity-Tag, einen bundesweiten Aktionstag, an dem Unternehmen und Institutionen den Vielfaltsgedanken in den Fokus rücken. Bereits zum zweiten Mal beteiligte sich das Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz (BMJV) mit einer eigenen Aktion. Für den VRB (Verein der Rechtspfleger

im Bundesdienst) nahmen der Vorsitzende, **Matthias Stolp**, und die Frauenbeauftragte, **Katja Maßenberg**, an der Veranstaltung in Berlin teil. Stolp zeigte sich begeistert von der Aktion, die sich unter anderem gegen Diskriminierung und Homophobie im Spitzensport wandte. „Das BMJV setzt sich für eine vorurteilsfreie und wertschätzende Arbeitskultur ein und hat mit dieser interessanten Veranstaltung am Diversity-Tag über seinen Zuständigkeitsbereich hinaus ein tolles Zeichen für Vielfalt gesetzt.“

Beim 12. Benefiz-Fußball-Turnier des Deutschen Bundestages am 16. Juni 2015 im Hanns Braun Stadion im Olympiapark Berlin hat das Team des **dbb** einen hervorragenden dritten Platz belegt. Insgesamt beteiligt waren zehn Mannschaften. Bei der Sportveranstaltung kamen 12.000 Euro Spendengelder für die Stiftung Phytokids zusammen; auch der dbb zählte zu den Spendern. Im Mittelpunkt der Stiftungsprojekte steht das Ziel, kranken, einsamen und benachteiligten Kindern eine lebenswerte Zukunft zu ermöglichen.
(13/21/15)